

C.

C.1.

**Fahrerlaubnis KRD – Sachrüge**

Der Revisionsführer zitiert einen Teil der UA:

***"Der Angeklagte kann sich auch nicht darauf berufen, als "Oberster Souverän" seines angeblich gegründeten Königreiches Deutschland, Kraftfahrzeuge im öffentlichen Verkehrsraum der Bundesrepublik Deutschland führen zu dürfen. Das von dem Angeklagten und seinen Mitstreitern gegründete sogenannte Königreich Deutschland erfüllt keine völkerrechtlichen Kriterien, nach denen man davon ausgehen könnte, dass es sich bei diesem Gebilde um einen Staat handelt. Unabhängig von der äußerst geringen Größe des vermeintlichen Staatsgebietes ist auch nicht erkennbar, was die Anhänger des Königreiches Deutschland im völkerrechtlichen Sinne verbinden würde. Zudem fehlt es an dem vermeintlichen Staatsgebilde an jeglicher völkerrechtlicher bzw. diplomatischer Anerkennung."***



Der Revisionsführer erklärt:

Zuerst einmal habe die Richterin festgestellt:

*"...als Oberster Souverän" seines angeblich gegründeten Königreiches Deutschland..."*

dass Er, Peter, Menschensohn des Horst und der Erika aus dem Hause Fitzek, hier im Verfahren handelnd für den Angeklagten "Peter Fitzek", das Oberhaupt sei. Damit sei das dritte Erfordernis, die tatsächliche Ausübung hoheitlicher Macht (Staatsgewalt) durch die Richterin erkannt worden.

Was hier bisher nicht erkannt worden sei, ist, dass nach internationalem und deutschem Recht er, als der "Oberste Souverän", tatsächlich das Recht habe, mit einer Fahrerlaubnis und einem Führerschein Königreich Deutschland ein Kfz in Deutschland und damit auch im gesamten Bundesgebiet zu führen.

Weiter stelle die Richterin durch die Aussagen:

***"das von dem Angeklagten und seinen Mitstreitern gegründete sogenannte Königreich Deutschland..."***

den Gründungsakt und auch das grundsätzliche Bestehen des Staatsvereins Königreich Deutschland selbst nicht in Frage. Das sei bereits ausreichend.

Der Revisionsführer rügt:

Die Richterin verkenne aber, dass die von ihr vorgebrachten Gründe nicht taugen, dem für sie existenten Staatsverein Königreich Deutschland die Staatsqualität abzusprechen.

Der Revisionsführer zitiert aus der UA:

*"Unabhängig von der äußerst geringen Größe des vermeintlichen Staatsgebietes..."*

Die Richterin erkenne, dass der Staatsverein Königreich Deutschland über ein **Gebiet** verfügt, behauptet hier nur, dass seine Größe (Originäres Kernstaatsgebiet – etwa 1 Hektar, Kernstaatsgebiet – etwa 9.6 Hektar, Gesamtstaatsgebiet. das Gebiet des deutschen Staates als Völkerrechtssubjekt gemäß Völkerrecht) nicht ausreichend dafür wäre, einen Staat bilden zu können und damit "Staatsgebiet" sein zu können. Aus Inhalten der Beweisanträge nebst Anlagen und der in der HV verlesenen Einlassung komme sie zu der fehlerhaften Schlussfolgerung eines nur "vermeintlichen Staatsgebietes".

Der Revisionsführer rügt:

Es gäbe aber keine völkerrechtliche Mindestgröße für einen Staat. Ein Völkerrechtssubjekt könne auch gar kein Staatsgebiet haben, wie z.B. der Malteserritterorden. Der Revisionsführer werde dazu noch vertiefter vortragen.

Der Revisionsführer zitiert weiter aus der UA:

*"...ist auch nicht erkennbar, was die **Anhänger des Königreiches Deutschland** im völkerrechtlichen Sinne verbinden würde."*



Hier erkenne die Richterin Baumgarten korrekt, **dass es Personen/Menschen** gibt, die sich ihm, dem Hoheitsträger und Ausübenden der **Staatsgewalt**, als "**Anhänger**" einer politischen Zielsetzung und auch einer Ideologie angeschlossen haben und sich damit zu einem **Staatsvolk** unter seiner Hoheitsmacht auf einem definierten **Staatsgebiet** verbunden haben.

Die Gründe für den Zusammenschluss kämen auch in der UA auf Seite 9 zum Ausdruck:

*"...allgemeine Förderung des Staatswesens und Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Zudem ist Zweck des Vereins die Förderung der **Völkerverständigung**. Weitere Zwecke sind..."*

Die gemeinsame Ideologie, das Bekenntnis der "Anhänger" zum Menschensohn..., zur Schöpfungsordnung und auch die politische Zielsetzung der Gründung eines Staates sei diese Verbindung, ab 2009 ausgedrückt in der Stiftungsverfassung "Neudeutschland Stiftung" und der "Verfassung Neudeutschland" (s. auch Protokoll, Seite 29) zum Aufbau des Staatsvereins und dann im Jahre 2012 durch das Bekenntnis zur Verfassung Königreich Deutschland gewesen (s. Protokoll Seite 38 und 50, verlesene Beweisanträge, aufgeführt dort: "Staatsverfassung: Verfassung Königreich Deutschland" und ebenso in der HV verlesene Einlassung vom 10.08.2017), die zu Protokoll gegeben wurde und wobei das Gericht zur Aufnahme in den Protokollband verpflichtet wäre.

Auch in der UA auf Seite 14 komme der Wille des Revisionsführers und seiner "Anhänger" zur Staatsgründung wie folgt zum Ausdruck:

*"Der Angeklagte erschien am 13.09.2012 beim Landkreis Wittenberg, bei der Fahrerlaubnisbehörde des Fachbereichs Ordnung und Straßenverkehr und erklärte, seinem Führerschein abgeben zu wollen, **da er beabsichtigte, einen eigenen Staat zu gründen** und einen eigenen Führerschein herauszugeben.*

Auf Seite 16 der UA ist aufgeführt:

*"Die Feststellungen zu den **persönlichen Verhältnissen** des Angeklagten und seinem Vorleben hat die Kammer aufgrund der insoweit **glaubhaften Einlassung des Angeklagten**,..."*

Diese dem Gericht glaubhaften persönlichen Verhältnisse seien auf Seite 4 der UA unwiderlegt nachzulesen:

*"Seit seiner von ihm im Jahre 2012 inszenierten Krönung bezeichnet er sich als "Peter, Imperator Fiduziar, Menschensohn des Horst und der Erika". Zudem behauptet er, nicht mehr Staatsangehöriger der Bundesrepublik Deutschland zu sein, sondern Souverän des von ihm selbst gegründeten Staates, des sogenannten Königreiches Deutschland. Vor seiner Inhaftierung lebte der Angeklagte in Wittenberg, Bahnhof 4 in einer Wohnung, deren Adresse der Angeklagte selbst mit Petersplatz 1, Königreich Deutschland bezeichnete."*

Bereits hier sei klar erkennbar, dass der Revisionsführer Oberhaupt eines Völkerrechtssubjektes, des Staatsvereins Königreich Deutschland ist.

Der Vollständigkeit halber erklärt er, es gäbe in Lutherstadt Wittenberg keine Adresse "Bahnhof 4".



Der Revisionsführer rügt:

Eine in der HV mündlich verlesenen Einlassung habe in einer nicht näher bezeichneten "Akte" nichts zu suchen, sondern sie sei als mündlich vorgenommene Prozesshandlung und damit als Gegenstand der Hauptverhandlung ausschließlich in den Protokollband aufzunehmen!

Ansonsten könnte und würde die Richterin vorsätzlich rechtliches Gehör verweigern, in willkürlicher Weise Zeugenaussagen und Tatsacheneinlassungen unterschlagen, damit das Willkürverbot aushebeln, das Rechtsstaatsprinzip missachten.

Der Revisionsführer rügt weiter: Das sei nicht statthaft. Das würde gegen Art. 6 MRK, den Art. 103 GG und gegen den § 244 Abs. 2 StPO verstoßen.

Weiter führe die Richterin dann aus, **warum** es dem "vermeintlichen Staatsgebilde" denn an der Staatsqualität ermangele, wobei sie hier aber schon ein Gebiet geringer Größe (Staatsgebiet) und "Anhänger" (Staatsvolk) und einem "Obersten Souverän" (Staatsgewalt) anerkennt und faktisch festgestellt habe.

Weiter führt sie aus:

*"Zudem fehlt es dem vermeintlichen Staatsgebilde an jeglicher völkerrechtlicher bzw. diplomatischer Anerkennung."*

Der Revisionsführer rügt:

Die Richterin verkenne auch hier wieder, dass es diese Anerkennung nicht braucht.

Es bedarf weder eine Mindestgröße, noch dass es mehr als Anhänger braucht um zu einer politisch gearteten Gruppierung zu werden und ein Staatsvolk zu begründen. Auch, dass der Revisionsführer als Oberhaupt Staatsgewalt ausübe, wurde nicht in Zweifel gezogen. Damit seien alle drei Staatsaufbaukriterien bereits hier schon nur anhand der Aussagen des Protokolls und der UA erfüllt.

Die Richterin stelle für den Revisionsführer nur in Zweifel:

*"Kraftfahrzeuge im öffentlichen Verkehrsraum der Bundesrepublik Deutschland führen zu dürfen."*

Die Richterin spreche dem Gebilde also nicht die faktische Existenz der ihr unbekannten oder fehlerhaft eingeschätzten Mindestanforderungen (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt) zur Bewertung der Staatsqualität ab, sondern sie bezweifle aufgrund von Fehlannahmen die völkerrechtliche Identität und die daraus erwachsenen Rechte und Freiheiten, die sich daraus für den Revisionsführer ergeben.

Der Revisionsführer rügt:

Bis zur Urteilsverkündung habe der Revisionsführer Gegenteiliges annehmen können, da die völkerrechtswirksame Gründung des Königreiches Deutschland eine Offenkundigkeit sei, da die Richterin zu den Tatsachen keine eigenen Ermittlungen anstrebte, zu denen sie gemäß § 244 Abs. 2 StPO im Zweifel dann aber verpflichtet gewesen wäre.



Damit verweigert die Richterin rechtliches Gehör, verletzt den Art. 6 MRK, das Rechtsstaatsprinzip, den Art. 103 GG und das deutsche Recht aus § 244 Abs. 2 StPO.

Der Revisionsführer verweist auf den Kommentar zur StPO Meyer-Goßner 56. Auflage, § 337 Rn. 15.

*"Mit der Behauptung, das Gericht habe sich mit einer bestimmten Aussage einer Beweisperson oder einer **Einlassung des Angeklagten** (dazu BGH NStZ 04,392) nicht auseinandergesetzt, kann die Revision nicht gehört werden, **es sei denn, die Aussage oder die Einlassung ist in der HV verlesen worden** (...) oder sie ergibt sich aus dem Urteil selbst (...).*

Hier ist dargelegt, dass auch die urteilsfremden Fakten heranzuziehen sind, wenn die in das Verfahren eingebrachten Einlassungen und Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen wurden, was hier immer der Fall ist.

Dazu siehe Protokoll, Seite 45 zum HVP vom 10.08.2017:

*"Der Angeklagte äußert sich zur Sache und überreicht diese Äußerung in schriftlicher Form zur Akte."*

Der Revisionsführer möchte in seinem Revisionsvorbringen nun also keine eigene oder neue Beweiswürdigung vornehmen oder neue Beweise einführen, sondern rügt, dass die fehlerhafte Rechtsanwendung aus der fehlenden Beweiswürdigung resultierte, welche sich aus dem Protokollband und der hier eingefügten Einlassung ergebe, welche in der HV verlesen wurde.

Die Tatsachen aus welchen sich die Mängel ergeben, seien damit hinreichend und detailliert abgegeben und in der Revisionsbegründung wird folglich nicht auf unbestimmte "Anlagen" und "Verfahrensakten" hingewiesen, sondern auf genau bezeichnete in der HV verlesene Inhalte, deren tatsächliche Verlesung auch aus dem Protokollband ersichtlich ist. Die Möglichkeit zur Überprüfung des Vorbringens durch das Revisionsgericht ist damit durchaus gegeben, sind die mündlich vorgetragenen Einlassungen, ebenso wie die Urteilsausfertigung selbst, Gegenstand des Prüfverfahrens, sodass auch diese Inhalte vom Revisionsgericht zur Kenntnis genommen werden können.

Es sei also wiederholt:

Die hier **folgende Einlassung** ist am 10.08.2017 in der HV verlesen und dem Gericht zu Protokoll gereicht worden. Auf die Frage des RA, ob die Richterin das wirklich zu Protokoll nehmen wollte, habe diese geantwortet:

*"Ja, ich nehme immer gern alles zu Protokoll."*

Der Antragsteller wird vom Rechtspfleger darüber belehrt, dass dieser die Aufnahme des nachfolgenden Absatzes ausdrücklich verweigert und keine Verantwortung übernimmt. Der Antragsteller besteht dennoch ausdrücklich auf die Aufnahme der nachfolgenden Erklärung:

Die Einheit von Wort und Tat sind bei einem (vermeintlich?) deutschen oder BRep. Gericht also keine Selbstverständlichkeit mehr?!



Er fährt fort:

### Einlassung zur Staatlichkeit des Staatsvereins Königreich Deutschland (kurz: KRD)

Das Königreich Deutschland ist ein völkerrechtswirksam gegründeter Staat, der am 16. 09. 2012 mit Hilfe des im allgemeinen Völkerrecht akzeptierten Mittels der friedlichen Sezession entstanden ist. Wir, als gewähltes Oberhaupt des Staatsvereines, haben diesen Staat geschaffen und deshalb das Recht, ein eigenes Erlaubnisrecht zu schaffen und eigene Führerscheine auszustellen.

Das Königreich Deutschland hat gleich nach der Schaffung des Staatsangehörigkeitsgesetzes des KRD im Jahre 2012 als zweites Gesetz das „Wiener Übereinkommen über dem Straßenverkehr“ im Königreich Deutschland mit einigen eigenen Vorbehalten als Gesetz ratifiziert. In den Vorbehalten wurden die jedem Staat gewährten Rechte der Einschränkung und Präzisierung der allgemein international anerkannten Standards formuliert. Das Königreich Deutschland verfügt beispielsweise über Führerscheine verschiedener Farben, die Ausdruck unterschiedlicher Erlaubnisreichweite sind. Durch die eigene Staatlichkeit und dann auch durch die Ratifizierung des Übereinkommens und die Einhaltung der Bestimmungen entspricht der Führerschein des Königreiches Deutschland internationalem Standard.

Das Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr ist allgemeines Völkerrecht. Auch die Bundesrepublik oder auch Deutschland ist diesem Übereinkommen beigetreten und hat es ratifiziert. Der Führerschein Königreich Deutschland als auch die dahinter stehende Fahrerlaubnis ist folglich sowohl international als auch aufgrund Art. 25 GG von der Bundesrepublik und Deutschland anzuerkennen.

Eine eigene im Königreich Deutschland erworbene Fahrerlaubnis kann durch einen Lehrgang bei einer im KRD zugelassenen Fahrschule erfolgen, wobei der Inhaber dieser Fahrschule durchaus in der Bundesrepublik auch eine Zulassung haben kann und in der Anfangszeit auch haben sollte. Ebenso kann eine eigene Erlaubnis und ein Führerschein des KRD aufgrund der Ableitung des Eigentumsnachweises und bestandener Prüfung in einem anderen Staat, in dem internationale Standards angewandt werden, erlangt werden.

Keinesfalls wird Jemandem im Königreich Deutschland eine Fahrerlaubnis erteilt und ein dazu gehöriger Führerschein ausgestellt, der nicht über die erforderliche Qualifikation und Eignung verfügt.

### **Das Königreich Deutschland verfügt als ein Staat über folgende Eigenschaften und Struktur:**

Staatsgebiet: Im Königreich Deutschland wird in originäres Staatsgebiet, Kernstaatsgebiet und Gesamtstaatsgebiet unterschieden

- Das originäre Kernstaatsgebiet ist das Gebiet, auf dem der Staat gegründet worden ist und in dem Unsere hoheitliche Macht unbeeinflusst von außen gemäß den Bestimmungen der Verfassung des Staates Königreich Deutschland über das Staatsvolk als auch über Fremde, Durchreisende und Besucher ausgeübt wurde und wird.
- Das Kernstaatsgebiet ist das Gebiet, welches durch Beitritt oder Erwerb hinzugekommenen ist oder dazukommt und in dem die hoheitliche Macht des Staates des KRD unbeeinflusst von außen gemäß der Bestimmungen der Verfassung des Staates Königreich Deutschland über das Staatsvolk als auch über Fremde, Durchreisende und Besucher ausgeübt wurde und wird. Ein Gebiet kommt hinzu, indem die Bevölkerung durch ein Referendum freiwillig und friedlich die neue Ordnung anzunehmen wünscht.
- Das Gesamtstaatsgebiet ist das Gebiet des Völkerrechtssubjektes des deutschen Staates gemäß den Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechtes. Auf dem Gesamtstaatsgebiet wird Unsere Hoheitsmacht durch Uns und/oder Unsere bestellten Beamten oder



Bevollmächtigte prärogierend nur über die Staatsangehörigen des Königreiches Deutschland ausgeübt.

Die einzelnen Gebiete können Sie im Liegenschaftskataster des KRD ansehen.

#### Staatsvolk:

Das gesamte Staatsvolk besteht aus den Gründern, den Staatsangehörigen und Staatszugehörigen.

- Die Abmeldebescheinigungen der Staatsgründer haben Sie im Beweisantrag erhalten, der schon Teil der Akte ist.

- Staatsangehörige ist gem. § 90 der Verfassung KRD, wer die Verfassung schriftlich durch Bekenntnis gleich welcher Art angenommen hat, die Prüfung zur Staatsangehörigkeit bestanden hat und in den Staat Königreich Deutschland aufgenommen worden ist.

- Staatszugehöriger ist, wer einen eigenhändigen handschriftlich unterzeichneten Aufnahmeantrag stellte und sich zur Ordnung des KRD bekannte und weiter bekennt. Die Anzahl der Staatszugehörigen und Staatsangehörigen können Sie im Melderegisterauszug des KRD ansehen.

#### Hoheitliche Macht:

Wir, Peter, Menschensohn des \_\_\_\_\_, sind das gewählte Oberhaupt der Vereinigung Königreich Deutschland. Das ist offenkundig und sowohl auf der Kopie der Gründungsurkunde als auch auf der Kopie der unterzeichneten Verfassungsurkunde ersichtlich.

Zudem üben Wir Hoheitsmacht mithilfe der von Uns bestellten Beamten aus. Die Kopie der Bestallungsurkunde eines Staatsbeamten KRD haben Sie bereits in den Akten.

#### Staatsverfassung

Das Königreich Deutschland hat eine eigene Rechteordnung, welche von Uns, Peter, Menschensohn des \_\_\_\_\_, in der Verfassung Königreich Deutschland schriftlich fixiert wurde.

Auch die Verfassung KRD befindet sich bereits in der Verfahrensakte.

#### Ausgestaltung der Staatsvereins/Institutionelle Organe

Auf der Basis der Verfassung besteht im KRD eine umfassend weiter ausgestaltete Rechteordnung.

Das Königreich Deutschland verfügt über eigene staatliche Gesetze, institutionelle Organe und Strukturen in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens mit eigener Legislative, Judikative, Exekutive und Verwaltung. Der Staat ist im KRD Diener an dem Menschen. Als erstes Gesetz wurde von Uns im Oktober 2012 das Staatsangehörigkeitsgesetz Königreich Deutschland geschaffen und im Reichsgesetzblatt des KRD veröffentlicht. Es war die Grundlage, um nach den Gründern weitere Staatsangehörige und Staatszugehörige in den Staat aufzunehmen. Im Folgenden wuchs das Staatsvolk des Staates KRD schnell weiter an.

Auch das Bestehen der Judikative und dazu ein Beispiel eines Gerichtsverfahrens befindet sich bereits in den Verfahrensakten.

Wir, die Deutsche Garde, einige der Staatsbeamten und auch ein Teil der Bürger sind Teil der Exekutive und Verwaltung.

Das Bestehen weiterer umfangreicher Strukturen wurde bereits in vielen Bereichen detailliert in einem Beweisantrag vom 10. 07. 2017 und wiederholt nun im



Beweisantrag vom 10. 08. 2017 und den dazu gehörigen Anlagen nachgewiesen, was somit auch Teil der Akte ist.

Das Königreich Deutschland ratifizierte folgende internationale Abkommen:

- Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr
- Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
- Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen

Damit wurde eine Grundlagen für offizielle internationale Beziehungen geschaffen. Wir, als Schöpfer des Staates, knüpften bereits vor der Staatsgründung internationale Kontakte. Ein Konsul (s. a. Zeugenaussage RA \_\_\_\_\_), Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität der paraguayischen Hauptstadt und Mitglied der Regierung, Carlos Vera Bordaberry, wohnte der Staatsgründung des KRD bei und bestätigte uns die Wirksamkeit des Gründungsaktes gemäß internationalem Recht. Das Königreich Deutschland knüpfte somit internationale Kontakte zu anderen Staaten und ihren Regierungen. Dazu haben Sie beispielhaft bereits ausreichendes Fotomaterial in einem Beweisantrag vom 7. Juli 2017 erhalten, was somit Teil der Akte ist.

Das Königreich Deutschland ist auch auf Dauer angelegt und trotz aller Widrigkeiten besteht der Staatsverein KRD seit fast 5 Jahren fort. Folgend sollen die gelieferten schriftlichen Urkunden und Dokumente und auch die Ausgestaltung der Strukturen näher erläutert werden:

#### Institutionelle Einrichtungen des KRD:

Gemäß Art. 56 der Verfassung KRD hat jeder das Recht auf Gesundheit und auf gesunde und natürliche Lebensmittel. Daraus folgte das Gesetz zur Schaffung der sozialen Absicherungen. Es ist die Grundlage der staatseigenen unselbständigen Einrichtungen „Deutsche Gesundheit“ und „Deutsche Rente“.

Eine Kopie des unterzeichneten Gesetzes und auch die Statuten und Vertraglichkeiten haben Sie bereits in den Akten.

Auch das Gesetz einer Haftpflichtschadensausgleichskasse und die konkrete Ausgestaltung befindet sich bereits in den Verfahrensakten. Alle eventuell eintretenden Unfallfolgen im Straßenverkehr können so wiedergutmacht, gemildert oder behoben werden.

- Das Gesundheitswesen ist an der Erzeugung der Gesundheit der Menschen ausgerichtet. Krankheit der Bevölkerung geht zu Lasten des Staates. Deshalb hat das Königreich Deutschland ein verfassungsverankertes ureigenes Interesse an einer hohen Volksgesundheit. Es wird gemäß Art. 19 Abs. 3 verstärkt Prävention geleistet. Die Vereinigung sorgt für ein Gesundheitsbewußtsein, gesunde Ernährungsweisen, eine lebens- und gesundheitsförderliche Umwelt und gesunde Lebensmittel. Umfassende Aufklärung zu leisten und alles Schädliche zu eliminieren oder es mit Steuern zu belegen, ist gemäß Art. 19 Abs. 4 Programm. Die Industrie als Verursacher von Schäden an Mensch und Umwelt haben im KRD Wiedergutmachung in Form von Steuern zu leisten. Das Gesundheitswesen des KRD ist erheblich effizienter als das der Bundesrepublik. Sämtliche Überschüsse werden gemäß Art. 19 Abs. 2 für den Strukturaufbau zur umfassenden Förderung des Allgemeinwohls verwendet.



- Das Rentensystem des KRD basiert auf realen Sachwerten, die in der Lage sind, einen Mehrwert zu erzeugen und sich im Eigentum der Allgemeinheit befinden. Altersarmut kann so nur im Kriegsfall geschehen. Auch deshalb schon hatte die Vereinigung NeuDeutschland und vor allem auch das Königreich Deutschland ein urgeigenes Interesse an der Wahrung dauerhaften Friedens und an der Völkerverständigung. Das Statut und der Einzelvertrag der „Deutschen Rente“ befindet sich bereits in den Prozessakten.

- Das Wirtschaftssystem Königreich Deutschland ist an der Erzeugung von Allgemeinwohl, an den Bedürfnissen aller Menschen und an der Erhaltung der Umwelt ausgerichtet. Das Geldsystem und die dazugehörigen Institutionen und Strukturen sind selbstlose Diener an allen Menschen. Es gibt keine obligatorischen Steuern, keine Gebühren, keine Zinsen. Alle Abgabenzahlungen (außer die Beträge für Gesundheit, Ruhestand, Unfall und Pflege bei Arbeitnehmern und Selbständigen) sind freiwillig zu zahlen. Es gibt keinen Erklärungszwang des Einzelnen gegenüber dem Staat KRD, da nur für Schäden verursachende Industriezweige Steuern erhoben werden. Es besteht für alle Menschen das Recht auf gut bezahlte Arbeit. Jede Gemeinde/Stadt hat dazu verschiedene Angebote zu machen. Alle Menschen im Königreich Deutschland sind frei von Zwängen. Alle Vereinbarungen werden bewußt und in Kenntnis ihrer Wirkungen getätigt.

Die Überschüsse aller staatlichen Zweckbetriebe sind gemäß Art. 29 Abs. 3 und der Sozialsysteme gemäß Art. 19 Abs. 2 in den öffentlichen Haushalt zur Förderung des Allgemeinwohls einzustellen.

#### Weitere Strukturen:

- Der Staatsverein KRD gibt eine verschuldungs- und zinsfreie Währung aus,
- der Staat KRD verfügt auch über einen eigenen Markt (z. B. kadari.de),
- zahlreiche Staatsangehörige und Staatszugehörige des KRD haben im KRD einen Betrieb gegründet und nutzen den eigenen Markt und Onlineausgleich in der eigenen Währung.
- die staatliche Verwaltung des Königreich Deutschland ist auch in der Lage, mithilfe der eigenen Verwaltung eigene Dokumente, wie eine eigene Identitätskarte, einen eigenen Führerschein oder Reisepass mit internationalem Standard auszugeben.
- die staatliche Verwaltung bietet allen Staatsangehörigen und den -zugehörigen sämtliche weitere Leistungen eines Staates (Bearbeitung aller Anfragen der Staatsan- und Staatszugehörigen),
- das Bildungswesen gemäß Art. 62 der Verfassung KRD an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtet. Gefördert wird Individualität und freiwillige Kooperation. Das Bildungswesen ist unmittelbar auf Friedenssicherung ausgerichtet. Dazu schufen Wir im KRD eine eigene Akademie.

Im Art. 62 Abs. 3 ist formuliert:

*„Der Staat hat darauf hinzuwirken, daß die Menschen zu selbstbewußten, mental, emotional und körperlich ganzheitlich entwickelten Persönlichkeiten heranzuwachsen. Sie sollen die Natur und die Menschenrechte achten und die Gemeinschaft, den Frieden und die Verbreitung ethischer Werte fördern. Die Schule hat darauf hinzuwirken, daß die Schüler Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, um auch persönliche und gesellschaftliche Probleme gewaltfrei lösen zu können.“*

Im Art. 62 Abs. 5 ist formuliert:



*„Der Staat hat beim Religionsunterricht darauf hinzuwirken, daß eine wahre Erkenntniseinheit zwischen Wissenschaft, Spiritualität und Religion erreicht wird, daß positive Werte und Charaktereigenschaften im Menschen vermehrt werden und sich die Fähigkeit bedingungsloser Liebesfähigkeit ausbilden kann.“*

Kriminalität ist im KRD weitgehend inexistent, da es aufgrund allgemeiner Fülle und dem Recht auf gut bezahlte Tätigkeit keine Wirtschafts- und Beschaffungskriminalität gibt. Das erschafft inneren sozialen Frieden und ist eine Grundlage zur Möglichkeit für internationalen Frieden. Die Vereinigung KRD ist auch hier friedensfördernd. Gemäß Art. 10 der Konvention von Montevideo ist die Erhaltung des Friedens das vorrangige Interesse der Staaten. Das kann nur erreicht werden, wenn die Systeme der Destruktivität gegen lebensförderliche und gerechte Systeme ausgetauscht werden. Ansonsten wird die Menschheit dieses hohe Ziel kaum erreichen können; das zeigt die Geschichte überdeutlich.

Das KRD ist auch eine Weltanschauungsgemeinschaft. In der Präambel, im Art. 15 Abs. 1 und Art. 16 Abs. 3 der Verfassung Königreich Deutschland ist geregelt, daß der Staat Ausdruck der Schöpfungsordnung und es seine Aufgabe ist, das Leben der Menschen an der ewig gültigen Schöpfungsordnung auszurichten. Jeder, der sich zum Königreich Deutschland bekennt, bekennt sich zur ewigen Schöpfungsordnung und verpflichtet sich, diese zu achten und zu respektieren. Die Verfassung KRD ist ein Bekenntnis zu dieser ewigen Schöpfungsordnung der auch Wir, als göttliches Wesen, unterstehen. Jeder in Unserem Staatsverein um Aufnahme Ersuchende bekennt sich durch ein Bekenntnis, eine Loyalitätserklärung, ein Gelöbnis oder einen Eid zu dieser Schöpfungsordnung und gelobt sie zu achten.



Da der gesamte Inhalt in der HV verlesen worden ist, sollte er der Sachrüge zugänglich sein. Hilfsweise wird im Anschluss an die Sachrüge für die Frage der Staatlichkeit des Staatsvereins Königreich Deutschland und damit der Frage, ist der Revisionsführer Inhaber einer Fahrerlaubnis des Königreich Deutschland und eines gültigen, von der BRep und Deutschland anzuerkennendes Führerscheins, die Verfahrensrüge zu dieser Fragestellung erhoben.

Das würde dann nötig, falls das Revisionsgericht in der Prüfung die Ausführungen der UA und des Revisionsführers zur Frage der Staatsqualität des Königreiches Deutschland in der Sachrüge nicht als ausreichend ansehen würde oder die Einlassung im Revisionsverfahren im Bereich der Sachrüge nicht verwerten könnte.

Vorher soll hier jedoch Näheres über die Staatlichkeit des Königreiches Deutschland und zum Völkerrecht vorgetragen werden.

Die BRep. sei gemäß Art. 25 GG zu einer freundlichen Anwendung des Völkerrechtes verpflichtet. Sie sei ebenso zur Einhaltung internationaler Verträge verpflichtet. Völkergewohnheitsrechtliche Vorschriften und von der BRep. und Deutschland vereinbarte völkerrechtliche Verträge gingen den Einfachgesetzen vor.

Die BRep. habe das Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr und andere völkerrechtliche Verträge ratifiziert, die es Ausländern erlaube, im bundesdeutschen Gebiet mit einem ausländischen Führerschein auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Straßen des Bundesgebietes ein Kfz zu führen. Warum oder wie hier behauptet werden könne, dass für die Tatvorwürfe deutsches Recht nicht anwendbar sein solle, kann seitens des Revisionsführers nicht nachvollzogen werden.

### **Im Gegenteil, der Revisionsführer fordere internationales und deutsches Recht ein!**

Der Revisionsführer rügt:

Gemäß § 244 Abs. 2 StPO sei die Richterin dazu verpflichtet, alle für die Entscheidungen erheblichen Tatsachen und Beweismittel zu Aufklärung der Wahrheit schon von Amts wegen zu ermitteln.

Der Revisionsführer erklärt:

Das vom ihm geschaffene Königreich Deutschland sei ein souveräner Staat. Die Bundesrepublik Deutschland oder auch Deutschland habe diese Staatsqualität und ihn als Staatsoberhaupt anzuerkennen, wenn der Wille bestehe, sich an internationales Recht und die bundesrepublikanische oder deutsche Rechtsprechung zu halten. Er habe gleich zu Beginn der Verhandlung, noch bevor Er sich setzte, eine Verzichtserklärung zum Verzicht auf Seine gerichtliche Immunität vorgelegt, da ansonsten Strafverfolgungshinderungsgründe vorgelegen hätten. Der Revisionsführer wünsche dieses Verfahren jedoch ausdrücklich, um Rechtssicherheit zu schaffen und auch, um anderen Männern und Frauen eine Verfassungsordnung, Recht, Freiheit und somit Lebensraum zur Verfügung zu stellen.

Eine völkerrechtliche Anerkennung des Staates Königreich Deutschland durch die Bundesrepublik Deutschland oder auch anderer Staaten brauche es auch nicht, um ein Staat



zu sein, auch wenn dieser Anerkennung mehr als nur wünschenswert wäre, könnte der Revisionsführer doch dann seine Reformaufgaben tatsächlich viel umfassender ausführen. Auch einige Gebiete wie z.B. die türkische Republik Nordzypern und Zypern, die Republik China (Taiwan), oder auch der Kosovo, Palästina, die Republik Bergkarabach, Somaliland u.a. werden allgemein nicht von (allen) anderen Staaten anerkannt. Dies oft auch nur aus politischen Gründen.

Auch die Konvention von Montevideo weise in Art. 3 der Konvention daraufhin:

*"Die politische Existenz eines Staates ist unabhängig von der Anerkennung durch andere Staaten. Auch vor dieser Anerkennung hat ein Staat das Recht, seine Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen, für seine Erhaltung und seinen Wohlstand zu sorgen, sich konsequent nach eigenen Vorstellungen konsequent zu organisieren, gemäß seiner Interessen Gesetze zu erlassen, seine Verwaltungsangelegenheiten zu regeln sowie die Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit seiner Gerichte festzulegen. Die Ausübung dieser Rechte hat keine andere Begrenzung als die Ausübung dieser Rechte durch andere Staaten gemäß internationalem Recht."*

Gemäß Art.7 der Konvention könne eine – nicht erforderliche - Anerkennung auch stillschweigend erfolgen. Das resultiere aus irgendeinem Akt, der die Absicht der Anerkennung des neuen Staates andeutet.

Die Gemeinnützigkeitsbescheinigung des Finanzamtes Wittenberg zum Verein und der Stiftung Neudeutschland mit ihren Staatsaufbauzielen können als solche schon mehr als nur eine stillschweigende Anerkennung gewertet werden. Das Ziel der Vereinigung war bekanntlich (s. auch UA Seite 9) die Schaffung einer neuen Staatlichkeit.

Er erklärt:

Für das Entstehen eines neuen Staats, der sich aus einem anderen ohne dessen Einwilligung herauslöse – wie z.B. Kosovo aus Serbien -, gäbe es eine Reihe historischer Beispiele. So etwa die Gründung Belgiens durch Trennung von den Niederlanden 1830 und die Sezession Ostpakistans, das 1971 mit der militärischen Hilfe Indiens zum unabhängigen Bangladesh wurde. Beide Neustatten wären von den jeweiligen "Altstaaten" zunächst als "illegal" und ihre Ausrufung als null und nichtig angesehen worden. Das zeigte sich auch gerade wieder in Katalonien Spanien oder auch in Norditalien. Das sei aber sowohl gemäß der Konvention von Montevideo, dem angewandten Völkerrecht und auch laut dem österreichischen Völkerrechtslehrer Ignatz Seidl von Hohenfeldern in der Völkerrechtspraxis unerheblich.

Der Revisionsführer zitiert diesen hier wie folgt:

*"Wenn der Neustaat sich von einem Altstaat abgetrennt hat, ist hierzu **nicht** die Anerkennung durch den Altstaat erforderlich."*

Auch die deutsche Rechtsprechung erkenne dies so. Er zitiert hier:

*"Ein neuer Staat erwirbt seine Völkerrechtspersönlichkeit unabhängig von seiner Anerkennung oder Nichtanerkennung durch die bloße Tatsache seines Entstehens; die der*



*Anerkennung liegende Feststellung, daß der Staat entstanden sei, ist nur deklaratorischer Natur." (OVG Münster 18 A 858/87; NVwZ 1989 790 (Zaö RV 51 (1991), 191) (S. 310 (89/1)) (vgl. Auch Seidl-Hohenveldern, aaO, Rdnr. 649; ferner Lagoni, aaO.)*

Er erklärt weiter:

Dieser Position folgte auch die 1991 von der Europäischen Gemeinschaft eingesetzte Schiedskommission unter dem Vorsitz von Robert Baditer, der sich mit völkerrechtlichen Fragen zum Zerfall Jugoslawiens auseinanderzusetzen hatte. Er sehe als entscheidende Bestandteile der heute gesetzmäßigen Begriffsbedeutung eines Staates:

- eine irgendwie geartete politische Vereinigung einer größeren Menschengruppe
- in einem mehr oder weniger geschlossenen Gebiet
- unter einer mehr oder weniger einheitlichen Form der – etablierten, durchgesetzten oder beschlossenen – Machtausübung leben.

Sowohl der Staatsgründungsakt, als auch die Verfassung, sämtliche Gesetze, Strukturen und Institutionen und auch seine Wahl als Oberhaupt der Vereinigung seien öffentlich einsehbar und die Existenz des Königreiches Deutschland damit zudem bereits offenkundig. Auch, dass der Revisionsführer das Staatsoberhaupt ist, sei offenkundig und sei hier auch nicht in Zweifel gezogen worden.

Das Gericht habe diese Staatsqualität bis zur Urteilsverkündung auch nicht infrage gestellt, ansonsten sei es gemäß § 244 Abs. 2 StPO zur Ermittlung der Tatsache von Amts wegen verpflichtet gewesen.

Dazu zitiert der Revisionsführer:

"Die **Ermittlung des wahren Sachverhalts** ist das zentrale Anliegen des Strafprozesses" (BVerfGE 57, 250, 275 = NJW 81, 1719, 1722; u.a.)

"Die **Amtsaufklärungspflicht begründet für die Prozessbeteiligten einen unverzichtbaren Anspruch** darauf, **dass die Beweisaufnahme auf alle Tatsachen und alle tauglichen und erlaubten Beweismittel erstreckt wird**, die für die Entscheidung von Bedeutung sind" (BGH 1, 94, 96; 32, 115, 124 GSSt)).

"In rechtlich unanfechtbarer Weise gewonnene Beweismittel **müssen** in das Verfahren eingeführt werden, wenn sie zur Sachaufklärung beitragen können" (Schleswig NJW 80, 352).

Bereits nach der Vorlage Seiner Verzichtserklärung und dann schon bei der Befragung zum Beruf den Er mit "Staatsoberhaupt" bezeichnete, hätte die Richterin Baumgarten bei dem Landgericht ihrer Amtsermittlungspflicht gemäß § 244 Abs. 2 StPO in der Weise nachkommen müssen, dass sie alle Beweismittel und Tatsachen zu ermitteln hätte, die diese Tatsachenbehauptung untermauern oder hätte widerlegen können. Dies natürlich nur in dem Fall, falls Zweifel an der Aussage und der Staatsqualität des Königreiches Deutschland bestanden hätte. Das war offensichtlich bis zur Urteilsverkündung nicht der Fall, was sich aus der Offenkundigkeit der Staatsqualität des Staates Königreich Deutschland ergeben haben könnte.



Offenkundigkeiten bedürfen keines Beweises.

Auch hat die Richterin sogar in der UA zum Ausdruck gebracht, dass sie den Angaben des Revisionsführers zu den persönlichen Verhältnissen glaubte.

Der Revisionsführer rügt:

Nur für den Fall, dass in dieser Tatsachenfrage noch Zweifel bestanden und deshalb Ermittlungsbedarf bestanden hätte, dann wäre diese Ermittlung obligatorisch gewesen. Die Ermittlungspflicht ergäbe sich schon daraus, dass für alle Organe der Rechtspflege, also sowohl für den Rechtsanwalt, als auch für die Staatsanwaltschaft und den/die Richter, die Pflicht zur prozessualen Fürsorge bestehe. Es müssen folglich auch alle entlastenden Erkenntnisse in das Verfahren eingefügt und im Verfahren verwertet werden, die zu einem Freispruch des Angeklagten führen können.

So hätte die Richterin in einen diesbezüglichen Beweisantrag keinesfalls ablehnen können oder dürfen, da diese Tatsache für die Tatsachenermittlung, die Urteilsfindung, ein faires Verfahren und die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzip erheblich, ja sogar unentbehrlich sei. Art. 6 MRK und auch Art. 103 Abs. 1 GG garantiere JEDEM vor Gericht rechtliches Gehör. Denn im Fall der Tatsache, dass das KRD ein souveräner Staat mit Völkerrechtsqualität ist, hätte das Gericht den Führerschein des KRD als gültigen Führerschein und auch die hinter diesem Führerschein stehende autonome Erlaubnis akzeptieren und ihn vom Vorwurf des Fahrens ohne Fahrerlaubnis freisprechen müssen.

Zum Staatsgebiet wolle der Revisionsführer hier wie folgt weiter näher ausführen:

Staatlichkeit müsse nicht zwingend an ein mehr oder weniger unveränderliches Territorium gebunden sein. Das beweise das nur noch auf dem Papier existierende Somalia oder der "Souveräne Malteserorden", sowie die besetzte Westsahara. Nur wer einen Sitz in der UNO-Vollversammlung anstrebe, der sollte über alle in der Konvention von Montevideo aufgeführten vier Merkmale verfügen.

Die Konvention von Montevideo sei jedoch nur eine Sollbestimmung, sonst könnten die o. g. Völkerrechtssubjekte (Somalia, Westsahara, Souveräner Malteserorden) keine Existenz haben. Das KRD erfülle jedoch alle diese vier Kriterien, denn sowohl ist das Staatsgebiet hinreichend bestimmt, als auch, dass das Staatsvolk als Weltanschauungsgemeinschaft mit dem Bekenntnis und der Ausrichtung auf die Schöpfungsordnung ein Verband von Menschen mit einer konkreten politischen Verfasstheit unter Höchsteigener Macht des Revisionsführers sei.

Der Revisionsführer führt wiederholend in der UA Seite 25 aus:

*"Unabhängig von der äußerst geringen Größe ..."*

Dazu erklärt der Revisionsführer:

Die Richterin habe offensichtlich die Einlassung nicht zur Kenntnis genommen. In dieser sei das Staatsgebiet des Deutschen Staatsvereins Königreich Deutschland klar bezeichnet. Das Gesamtstaatsgebiet sei keineswegs klein. Es umfasse das Staatsgebiet des gesamten Völkerrechtssubjekt des Deutschen Staates auf dem der Oberste Souverän Hoheitsmacht prärogierend über seine Staatsangehörigen ausübe.

Dazu habe der Revisionsführer eine Karte mit erkennbaren Grenzen geliefert.

Das Bundesverfassungsgericht habe sich bis heute nie zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet des deutschen Staates oder den deutschen Staat als Völkerrechtssubjekt Stellung genommen.



Auch die noch geringe Größe des originären Kernstaatsgebietes und auch des Kernstaatsgebietes seinen kein Grund, um an einer Staatsqualität zu zweifeln. Die Größe eines Staatsgebietes habe nichts mit einer Staatsqualität zu tun. Es gäbe keine völkerrechtlich festgelegte Mindestgröße eines Staates.

Hier habe der Revisionsführer Liegenschaftskatastrerauszüge des KRD geliefert.

Es gäbe auch zahlreiche Kleinstaaten oder sogar Mikronationen. Beispiele dafür seien: San Marino, Andorra, der Vatikanstaat, Monaco oder die Isle of Man, Sogar Sealand, das als Mikronation und Staat nur eine Bohrinsel in der Nordsee sei, habe eine eigene Flagge, Währung usw. und auf ihr seien zahlreiche Firmen angesiedelt, die international tätig sind.

Auch was die Staatsangehörigen verbinde sei in dieser o.g. Einlassung dargelegt worden. Die Inhalte dieser Einlassung seien jedoch von der RichterIn nicht nur Kenntnis genommen worden. Das sei rechtsfehlerhaft.

Den dazugehörigen Text aus der Einlassung wiederholt der Revisionsführer hier nochmals, damit er nach Wortlaut des Revisionsführers "endlich zur Kenntnis genommen werde":

*"Das KRD ist auch eine **Weltanschauungsgemeinschaft**. In der Präambel, im Art. 15 Abs. 1 und Art. 16 Abs. 3 der Verfassung Königreich Deutschland ist geregelt, daß der **Staat Ausdruck der Schöpfungsordnung** und es seine **Aufgabe ist, das Leben der Menschen an der ewig gültigen Schöpfungsordnung auszurichten**. Jeder der sich zum Königreich Deutschland bekennt, bekennt sich zur ewigen Schöpfungsordnung und verpflichtet sich, diese zu achten und zu respektieren. **Die Verfassung KRD ist ein Bekenntnis zu dieser ewigen Schöpfungsordnung** der auch Wir, als göttliches Wesen, unterstehen. **Jeder in Unserem Staatsverein um Aufnahme Ersuchende bekennt sich durch ein Bekenntnis, eine Loyalitätserklärung, ein Gelöbnis oder einen Eid zu dieser ewigen Schöpfungsordnung und gelobt sie zu achten.**"*

Wie hier die RichterIn Baumgarten auf Seite 25 ihrer UA behaupten könne, es sei "nicht erkennbar, was die Anhänger des Königreiches Deutschland im völkerrechtlichen Sinne verbinden würde", sei nur dann nachzuvollziehen, wenn die Einlassung rechtsfehlerhaft nicht nur Kenntnis genommen worden ist.

Der Revisionsführer zitiert aus einem Gutachten des Prof. Dr. Iur. Dr. sc. Pol. Udo di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichtes a.D. Direktor des Institute für Öffentliches Recht (Abteilung Staatsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) mit dem Titel: "Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem". Hier wird auf den Seiten 49-51 wie folgt ausgeführt:

*"Das Staatsvolk bildet das personelle Substrat eines Staates und das Subjekt demokratischer Selbstbestimmung (Art. 20 Abs. 2 GG). **Die Staatsangehörigen bilden einen auf Dauer angelegten Zusammenschluss von Menschen** ("Schicksalsgemeinschaft" (Karl Doehring, Völkerrecht, 1999 S. 29)), **was staatsrechtlich gewiss ein Mindestmaß an Zugehörigkeitsgefühl der einzelnen Mitglieder zu ihrem Personenverband erfordert, damit sie sich als politische Handlungsgemeinschaft definieren. Soweit dieses Mindestmaß erfüllt ist, bedarf es keines darüber hinausgehenden sprachlichen, ethischen, religiösen oder kulturellen Homogenitätserfordernisses** (vgl. Matthias Herdegen, Völkerrecht a.a.O. S. 75; ferner A. V. Lowe, International Law., 2007, S. 153 f.)"*

Der Revisionsführer erklärt:

Es sei durch einen Antrag auf Annahme und das Bekenntnis zur Verfassungsordnung unbestreitbar hier schon eine Schicksalsgemeinschaft als politische Handlungsgemeinschaft



vorhanden. Darüber hinausgehend seien die Staatsangehörigen auch durch ein religiöses Bekenntnis zur Schöpfungsordnung miteinander verbunden, was schon weit über das staatstheoretische Mindestmaß hinausgehe, hier aber zudem vorhanden sei. Ebenso gelte im Königreich Deutschland noch die alte Rechtsschreibung, was ein weiteres Unterscheidungsmerkmal sei. Das Königreich Deutschland sei auch auf Dauer angelegt. Es bestehe seit über 5 Jahren trotz aller Schwierigkeiten selbst jetzt fort, obwohl der Revisionsführer seit etwa einem Jahr und 5 Monaten die Untersuchungshaft erfährt.

Die Dauerhaftigkeit der Bestrebungen und des Verbandstruktur bestätigt auch die UA auf Seite 18:

*"Hierbei ging der Verein auch planmäßig vor, indem er auf längere Dauer den Zweck verfolgte ..."*

*"... ein Risikoausgleich auf Dauer angestrebt wurde."*

Der Revisionsführer habe pflichtbewusst seit über 10 Jahren beständig und selbstlos an der Schaffung umfassenden Allgemeinwohls gearbeitet. Dies habe mit den Vereinen Ganzheitliche Wege e.V., BewußtSein e.V.i.G. begonnen und wurde über die Vereinigung NeuDeutschland bis hin zum Staatsverein Königreich Deutschland beständig weiterentwickelt und fortgeführt.

Weiter aus dem Gutachten:

*"Souveräne Staatlichkeit schließt dabei "offene Staatlichkeit" nicht aus (...). Vielmehr schließt sie das Recht ein – etwa vertraglich oder durch stillschweigende Duldung – die Ausübung von Hoheitsrechten durch einen anderen Staat im eigenen territorialen Herrschaftsbereich zuzulassen oder Hoheitsgewalt gemeinsam auszuüben (Karl Doering, Völkerrecht, 1999, S. 41; Alan Vaughan Lowe, International Law, 2007, S. 150 ff.)."*

Das erwarte der Revisionsführer von der Bundesrepublik Deutschland und/oder von Deutschland. Dies sei auch schon praktiziert worden. Dazu weist der Revisionsführer auf die dem Protokollband unterschlagene Anlage zum Beweisantrag vom 10.07.2017 hin, in welcher das Beispiel einer Gerichtsverhandlung im KRD geliefert wurde bei der Polizei der BRep die Ermittlungsarbeit übernahm und die gerichtliche Verhandlung dem Revisionsführer prärogativ überließ.

Weiter heiße es im Gutachten:

*"In seiner Untersuchung über die Staatsgrenzen steht Daniel-Erasmus Khan für alle drei Elemente ein die Identität bestimmendes dem Grunde nach unaufgebbares Recht souveräner Staaten:*

*"Es muss daher auch grundsätzlich als eine genuine und legitime Regelungsmaterie des nationalen Rechtes eines jeden Staates angesehen werden, den **räumlichen Umfang seines Gebietes zu konkretisieren** wobei innerhalb der nationalen Rechtsordnung wiederum das Verfassungsrecht die natürliche sedes materie für entsprechende Normaussagen darstellt. Insoweit kann tatsächlich nichts anderes gelten als hinsichtlich der anderen konstitutiven Elemente des Staates auch: **ebenso wie es dem Staat grundsätzlich unbenommen ist, sein personales Substrat nach bestimmten Kriterien für sich zu reklamieren und auf diesem Wege sein Staatsvolk zu konkretisieren und er ganz selbstverständlich auch von der Möglichkeit Gebrauch macht, die Modalitäten der***



**Ausübung der Staatsgewalt im Einzelnen festzulegen, so muss ihm sicher auch das Recht zugestanden werden, den von ihm beanspruchten territorialen Besitzstand in normativer Weise zu fixieren."**

(Daniel-Erasmus Khan, Die deutschen Staatsgrenzen, Rechtshistorische Grundlagen und offene Rechtsfragen, 2004, S. 30)

Der Revisionsführer wiederholt seine Ausführungen aus der in der HV verlesenen unwiderlegten Einlassung zum Staatsgebiet:

"Im Königreich Deutschland wird in originäres Kernstaatsgebiet, Kernstaatsgebiet und Gesamtstaatsgebiet unterschieden.

- Das originäre Kernstaatsgebiet ist das Gebiet, auf dem der Staat gegründet worden ist und in dem Unsere hoheitliche Macht unbeeinflusst von außen gemäß der Bestimmungen der Verfassung des Staates Königreich Deutschland über das Staatsvolk als auch über Fremde, Durchreisende und Besucher ausgeübt wurde und wird.

- Das Kernstaatsgebiet ist das Gebiet, welches durch Beitritt oder Erwerb dazugekommen ist und/oder dazukommt und in dem die hoheitliche Macht des Staates des KRD unbeeinflusst von außen gemäß der Bestimmungen der Verfassung des Staates Königreich Deutschland über das Staatsvolk als auch über Fremde, Durchreisende und Besucher ausgeübt wurde oder wird. Ein Gebiet kommt hinzu, indem die Bevölkerung durch ein Referendum freiwillig und friedlich die neue Ordnung anzunehmen wünscht.

- Das Gesamtstaatsgebiet ist das Gebiet des Völkerrechtssubjektes des deutschen Staats gemäß der Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts. Auf dem Gesamtstaatsgebiet wird Unsere Hoheitsmacht durchs Uns und/oder Unsere bestellten Beamten oder Bevollmächtigte prärogierend nur über die Staatsangehörigen des Königreiches Deutschland ausgeübt. Die einzelnen Gebiete können Sie im Liegenschaftskataster KRD ersehen."

Er erklärt:

Damit sei das Staatsgebiet hinreichend bestimmt bezeichnet worden.

Alle Antragsteller einer Staatsangehörigkeit Königreich Deutschland leisten ein schriftliches Bekenntnis zu Seiner Verfassungsordnung des KRD, unterstellen sich aus freiem Willen unter seine Hoheit und seien sich der Folgen dieses Bekenntnisses und ihrer Loyalitätserklärungen folglich auch bewusst.

Der Revisionführer erklärt zur Bildung neuer Staaten mithilfe der Sezession:

Entsprechend anerkannter Entstehungstheorien, können Staaten auch durch Sezession auf dem Gebiet anderer Staaten entstehen. Das Königreich Deutschland sei durch Sezession entstanden. Dazu zitiert der Revisionsführer aus Wikipedia:

*"Heutzutage, in der nahezu vollständig verstaatlichten Welt, können neue Staaten vor allem auf drei Arten entstehen:*

**-Aus einem Staat kann durch Sezession eines Teils von ihm ein neuer Staat entstehen.**

*-Bei einer Dismembration zerfällt eine Staat und geht unter, es bilden sich Neustaaten.*

*-Umgekehrt können sich durch Fusion (z.B. bei einer Neugliederung des Bundesgebietes) zwei oder mehrere Staaten zu einem neuen vereinigen, häufiger kommt es allerdings zu einer Eingliederung ... Auch die deutsche Wiedervereinigung führte zu keiner Staatsneugründung, sondern das Beitrittsgebiet wurde in die weiterbestehende Bundesrepublik inkorporiert."*



Zu Sezession sei nachzulesen:

*"In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Verfassungsartikel oder Gesetze, welche den Austritt eines bestimmten Gebietes regeln würden. Die Sezession wird daher weder erlaubt noch explizit verboten. Strafbar macht sich hingegen ausdrücklich nur, wer "mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt" eine Sezession durchzuführen versuchte ("Hochverrat gegen den Bund")."*

Er erklärt, er habe eine erste friedliche Sezession aus dem Völkerrechtssubjekt des bestehenden deutschen Staates auf friedliche Weise durchgeführt. Das habe er auch in seinem Beweisantrag als auch in seiner unwiderlegten Einlassung dargelegt. Dies sei auch statthaft.

Zur Anerkennung von Staaten sei bei Wikipedia ausgeführt:

*"Von der Staatsqualität zu unterscheiden ist die Anerkennung von Staaten. eine solche Anerkennung hat nach der überwiegend vertretenen Auffassung in der Lehre und der Praxis eine rein deklaratorische Wirkung, das heißt, sie ist für die Eigenschaft des anerkennenden Staates, eine Staat zu sein, nicht konstitutiv."*

Weiter heiße es dort:

*"Es kann davon ausgegangen werden, dass sich bei Erfüllung der ersten drei Kriterien der Völkerrechtssubjektstatus mehr oder weniger automatisch ergibt."*

Zur völkerrechtlichen Anerkennung sei dort weiter ausgeführt:

*"Ein Staat bedarf zu seiner Gründung keiner juristischen Legitimation (er wird "ausgerufen", vgl. Den Rütli-Schwur bei der Begründung der Schweizer Eidgenossenschaft im Mittelalter...)"*

Wenn die Richterin Baugarten also schreibe:

*"Zudem fehlt es dem vermeintlichen Staatsgebilde an jeglicher völkerrechtlicher bzw. diplomatischer Anerkennung"*

dann sei dies rechtlich völlig unerheblich. Das treffe auf viele Staaten zu, so z.B. Bergkarabach, Transnistrien, Südossetien u.a..

**Auch Taiwan erfahre aus politischen Gründen keine oder kaum internationale Anerkennung. Trotz allem könne man mit einem taiwanesischen Führerschein in der Bundesrepublik Deutschland legal ein Kraftfahrzeug führen.**

**Der Revisionsführer erklärt:**

**Es könne also davon ausgegangen werden, dass der Staatsverein Königreich Deutschland ein völkerrechtskonform gegründeter Staat ist und der Führerschein Königreich Deutschland ein international anzuerkennender Führerschein ist, der aufgrund des Bestehens einer Fahrerlaubnis KRD ausgestellt wurde und wird.**

Zudem weist der Revisionsführer auf die UN-Resolution 56/83, der 56. Generalversammlung der UN hin. In dieser ist in Artikel 10, Punkt 2. aufgeführt:

*"Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung"*



**2. Das Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung, der es gelingt, in einem Teil des Hoheitsgebietes eines bestehenden Staates oder in einem seiner Verwaltung unterstehenden Gebiet einen neuen Staat zu gründen, ist als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechtes zu werten."**